Nr. 598 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Freitag, 22 November 1918

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

„Ohne Konstituante keinen Frieden."

Eine Erklärung Scheidemanns.

Der Volksbeauftragte Scheidemann hat sich in einer Besprechung mit Pressevertretern dahin ausgesprochen, daß es dringend notwendig sei, die konstituierende Nationalversammlung so schnell als möglich einzuberufen. Ueber diese Frage bestehe in der Regierung kaum ein Zweifel, ohne die Konstituante würden wir keinen Frieden bekommen.

*

Die Verhandlungen zwischen dem Vollzugsrat und den Mitgliedern der Regierung über die **Festlegung der Kompetenzen der Regierung** sind noch nicht abgeschlossen; sie nehmen aber einen befriedigenden Verlauf. Die Regierung vertritt den Standpunkt, daß ihr allein die Exekutive übertragen werden müsse und daß keine andere Instanz das Recht habe, neben der Regierung Exekutivmaßnahmen zu treffen.

Zur Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe.

Keine individuelle und einseitige Konfiskation.

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium Dr. Südekum und Hugo Simon empfingen heute einen Vertreter der „P. P. N." und erklärten ihm im Verlaufe eines längeren Gespräches unter anderem:

„Lokale Versuche der Nationalisierung sind in keiner Weise zu billigen; denn sie fügen sich nicht organisch in die Volkswirtschaft ein, sondern fördern nur die Desorganisation und verlangsamen den so dringlichen Wiederaufbau unserer Wirtschaft. Bei den ungeheuren Lasten, die der verlorene Krieg uns auferlegt, und die die Zukunft von uns heischt, ist nur straffste Organisation und solidarische Arbeit jedes Volksgenossen imstande, zu der notwendigen Erhöhung unserer produktiven Leistungsfähigkeit beizutragen. Jede Verringerung der Produktion und der Produktionsfähigkeit ist ein Verbrechen am Volke. Wenn heute ein Unternehmer aus Furcht vor gewaltsamen Eingriffen einzelner in Einzelbetriebe oder aus anderen Motiven seine Tätigkeit einschränkt, so leidet das große Ganze schweren Schaden, und die Produktion wird geradezu sabotiert. Das gleiche gilt auch für den Arbeiter."

Die Volksbeauftragten im Finanzministerium sind der Ueberzeugung, daß die nach sorgfältiger Prüfung als reif zur Sozialisierung erkannten Betriebe und Industrien, zum Beispiel die Gewinnung aller Monopolprodukte, oder die Versorgung mit **Elektrizität**, mit möglichster Beschleunigung **in Gemeingut überführt** werden müssen. Diese Sozialisierung kann natürlich keine individuelle und einseitige Konfiskation darstellen.

Die sowohl im Reiche wie in Preußen geplanten **Steuern** werden es ganz von selbst mit sich bringen, daß auch die zunächst in kapitalistischen Betriebsform weiterbestehenden Gewerbe mehr oder weniger ihren früheren rein privaten Charakter einbüßen und zu den Gemeinlasten mehr als bisher beitragen.

Die Abwanderung von Vermögen in das Ausland muß unbedingt unterbunden werden. Abschiebung von Vermögensteilen in dieser Zeit ist wie Fahnenflucht vor dem Feinde zu betrachten. Die Leute, die sich ihrer schuldig gemacht haben, werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Solchen Unterschleifen werden reichs- und bundesstaatliche Behörden sehr bald durch durchgreifende Maßnahmen einen Riegel vorschieben."

*

Zu der Pressemeldung, daß die preußischen Staatszuschüsse zu den Gehältern der Geistlichen am 1. April 1919 eingestellt werden sollen, erfahren die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten", daß die preußische Regierung noch gar keinen Beschluß über diese Frage gefaßt hat.

Wilson und Wilhelm II.

Ein nicht abgeliefertes Telegramm.

T. W. Am 7. Oktober habe ich hier einen Montagsartikel mit den Worten eingeleitet: „Irgendein intimer Freund, der Europa kennt — der ehemalige Botschafter Morgenthau oder ein anderer — sollte jetzt zu Wilson sagen: „Alles, was du erstrebst, alles, was du in deinem menschenfreundlichen Sinn von der Zukunft erhoffst, kann nur verwirklicht werden wenn du jetzt die Hand zum Frieden, zu einem Versöhnungsfrieden reichst." Ich habe den ehemaligen Botschafter dann, in diesem erdichteten Gespräche, dem Präsidenten darlegen lassen, daß durch einen allzu großen Triumph des Ententenationalismus für lange Zeit all die chauvinistischen Elemente gestärkt werden würden, die den Wilsonschen Gedanken der Gerechtigkeit und Versöhnung immer abgeneigt gewesen sind. „Und mit ihnen," sollte Morgenthau zu Wilson sagen, „würden die politische und die geistige Reaktion einherstolzieren und all das, was zum Nationalismus gehört. Du würdest den Triumph deiner Waffen erleben aber niemals den Triumph deiner Ideen."

Die gestern hier eingetroffene Nummer der „The New York Times" vom 12. Oktober enthält die Mitteilung, daß als Antwort auf diesen Artikel Henry Morgenthau, früher Botschafter der Vereinigten Staaten bei der Türkei, am 11. Oktober, abends, die folgende Antwort abgesandt habe:

„Theodor Wolff, Tageblatt Berlin.

Die New-Yorker Blätter von heute abend teilen mit, daß Sie sich im „Tageblatt" meine Person vorstellen, wie sie dem Präsidenten Wilson das Gemälde eines Deutschlands darlege, das von falschen alldeutschen Propheten irregeleitet sei, aber, den Frieden mit seiner ganzen Seele liebend und eines Besseren belehrt, jetzt für einen Wilson-Frieden reif sei.

Alle Amerikaner sind sich darüber klar, daß die Türkei vollständig hilflos ist und sich in wenigen Tagen bedingungslos übergeben muß, daß Oesterreich ihr binnen kurzem folgen muß, und daß das Deutschland isoliert wird, welches die Entente in vierjährigem Kampfe nicht zu besiegen vermochte und jetzt infolge des Mangels an Rohstoffen, infolge des Niedergangs seines Menschenbestandes und des Kampfgeistes, sowie infolge des Verlustes aller Siegeshoffnungen abgezehrt ist. Als Ihr Herrscher auf die Vereinigten Staaten blickte, sah er nur die Oberfläche. Er schätzte die furchtbare Kraft nicht richtig ein, die unter der Oberfläche verborgen war. Diese Kraft ist jetzt geweckt — all der Reichtum und die Menschenkraft der Vereinigten Staaten, die an sich schon, ohne unsere bewährten und unbezwingbaren Verbündeten zu rechnen stark genug und durchaus entschlossen sind, ihnen zur Erlangung eines wirklichen Sieges beizustehen.

Wenn Sie Ihrem Volke rasche Hilfe zu verschaffen wünschen, so veranlassen Sie Ihren Kaiser, im eigenen Namen und dem seiner Söhne abzudanken. Wenn Deutschland durch falsche alldeutsche Propheten irregeführt worden ist, die Welt in einen so furchtbaren Krieg zu stürzen, so wirken Sie dahin, daß Deutschland ihnen nicht länger vertraut. Zwingen Sie sie, zu verschwinden und die Schaffung einer Republik zuzulassen.

Wenn Ihr Volk „den Frieden mit seiner ganzen Seele liebt", so zeigen Sie es, indem Sie den Kaiser und seine Söhne überreden, daß sie das höchste Opfer des Verzichtes auf ihre Macht bringen müssen, wodurch sie die Million oder mehr ihrer Untertanen schonen würden, die in der nutzlosen Anstrengung untergehen müßte, den Ehelon, dessen Heimsuchung bevorsteht, zu hemmen, und der Verwüstung, die in seinem Gefolge kommen wird, zu entgehen. Ein Wilson-Friede ist ein gerechter Friede und kann nur mit einer Autorität geschlossen werden, die die Gerechtigkeit liebt, und nicht mit einer, die sie so schändlich verhöhnt hat, wie die Hohenzollern.

Es gibt nur einen Weg, dem Zorn seines Volkes zu entgehen: wenn er ihm freiwillig die Souveränität überläßt, die ihm und ihm allein gehört. Wenn Sie zugeben, daß Sie irregeführt worden sind —, was wird das Volk empfinden, wenn sein Land überrannt wird und es einen Teil der Behandlung wird erleiden müssen, die es Frankreich, Belgien, Rußland und Serbien hat zuteil werden lassen!

Henry Morgenthau."

Dieses Telegramm des ehemaligen Botschafters ist nicht in meine Hände gelangt. Es scheint, daß es irgendwo hängen geblieben ist, und es wäre sehr empfehlenswert, zu untersuchen, wer das Telegramm unterschlagen hat. Auch ohne die Antwort des Herrn Morgenthau zu kennen, habe ich mir die Freiheit genommen, am 23. Oktober dem damaligen Reichskanzler dem Prinzen Max von Baden, bei einem Besuche vorzutragen, daß die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes die Abdankung Wilhelms II. für die einzig mögliche Lösung halte, und daß ein solcher Entschluß wenn wir nicht zu den schlimmsten Katastrophen kommen sollten absolut dringlich geworden sei. Der Prinz antwortete zwar zögernd, schien aber damals bereits die Notwendigkeit eines solchen Schrittes einzusehen. Wenn Herr Morgenthau am Schlusse seines Telegrammes sagte, wir bemerken jetzt, daß die Alldeutschen uns irregeführt hätten, so traf das schon bei

Die Fahrt der amerikanischen Friedensdelegation.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Haag, 22. November.

Eine Depesche aus London besagt: Präsident Wilson wird am 2. Dezember im Kongreß seine jährliche Botschaft verlesen und wird dann tags darauf die Reise nach Europa antreten. Der Marineminister Daniels erklärte, daß die Reise an Bord eines Transportdampfers erfolgen soll, der von einem Schlachtschiff und Torpedobootzerstörer begleitet sein wird. Die Mitglieder der Friedensdelegation, Lansing, Baker, House und Root, machen die Reise mit Wilson zusammen.

Wilsons Reise nach Europa beschäftigt die amerikanischen Zeitungen fortwährend. Die „New York Tribune" schreibt: „Durch Wilsons Anwesenheit auf der Friedenskonferenz würde sich die Möglichkeit zu Geheimverhandlungen ergeben, was durch sein Fernbleiben ausgeschlossen wäre. Da er zum Abschluß von Verträgen der einzig Bevollmächtigte ist, konnte er auf der Konferenz Geheimdiplomatie treiben, und da sämtliche Kabelverbindungen und die drahtlosen Verbindungen zwischen Europa und Amerika in den Händen der Regierung sind, wäre es möglich, die gesamten Verhandlungen im geheimen zu führen, ohne den Zeitungen eine Kritik zu ermöglichen." Der „Republican" vertritt eine andere Ansicht. Er sagt: „Seit Amerika eine Großmacht geworden ist, ist es an der Zeit, die toten Traditionen beiseite zu schieben. Präsident Wilson wird sich auch nicht durch althergebrachte Traditionen fesseln lassen. Verfassungsmäßig hat er das Recht und die Pflicht, im Namen Amerikas Abkommen zu schließen, und aus diesem Grunde muß er Gelegenheit haben, dorthin zu reisen, wo er die beste Aussicht hat, sich in Amerikas Interesse betätigen zu können.

w. Genf, 22. November.

Nach einer Meldung der Associated Preß will Präsident Wilson auch während seiner Abwesenheit von den Vereinigten Staaten seine Amtsgeschäfte führen.

Eine Kundgebung der Reichsregierung an Branting.

Sendung für Milderung der Waffenstillstandsbedingungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Stockholm, 22. November.

Folgende Depesche an Branting traf von der deutschen Reichsregierung hier ein: „Wir danken herzlich der schwedischen sozialdemokratischen Partei für ihre Begrüßungsdepesche. Das Ziel unserer Politik ist, für unser Volk das so schwer vom Kriege, der Hungerblockade und den außerordentlich harten Waffenstillstandsbedingungen der Gegner getroffene wurde, einen gerechten Frieden mit der Aussicht auf eine Versöhnung der Völker und einen Völkerbund zur Vorbeugung künftiger Kriege zu erreichen. Falls Deutschland ein Vernichtungs- und Machtfriedensdiktat wird, wird jeder Bann zu Asche von der ganzen Menschheit erstrebten Entwickelung zerstört. An Stelle der Versöhnung würden in diesem Falle tiefes Mißtrauen, gegenseitige Bitterkeit, Haß und Rachegefühle treten. Falls Skandinaviens Arbeiter und die sozialistischen Parteien dazu helfen wollen, durch einen gerechten Frieden diese drohenden Gefahren zurückzudrängen, können sie der Dankbarkeit nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt sicher sein. Wir bitten den schwedischen sozialistischen Partei, den Ausdruck unserer Dankbarkeit für das Versprechen ihres Beistandes auszudrücken.

Die Reichsregierung. gez. Ebert. Haase."

Branting empfing ferner folgende Depesche: „Ich habe den von Ihnen mir übermittelten Appell der deutschen Sozialisten wegen Milderung der Waffenstillstandsbedingungen der Presse übergeben. Ich selbst habe wiederholt bereits meine Sympathie für den deutschen Appell an unseren Beistand ausgedrückt. Die alliierten Regierungen haben ebenfalls Rücksicht genommen.

gez. Henderson."

Parlamentsschluß in England.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 22. November.

Aus London wird gemeldet: Das Parlament wurde gestern geschlossen. Die Thronrede des Königs besagt, der Waffenstillstand biete die Gewähr, daß ein ehrenvoller und dauerhafter Frieden geschlossen würde. Der Kraftaufwand soll aber dennoch nicht verringert werden, bis die Verheerungen, die der Krieg angerichtet hat, wieder gutgemacht sind. Die Thronrede erwähnt weiter das erweiterte Wahlrecht und spricht die Hoffnung aus, daß der Geist der Einheitlichkeit auch nach dem Frieden fortdauern werde.

Während die Vertagung des Parlaments nominell bis 30 Dezember geht, wird die Auflösungsproklamation schon am 25. November erlassen werden. Die Wahlen finden am 14. Dezember statt. Das Ergebnis wird am 28. Dezember bekanntgegeben werden.

Lloyd George und Bonar Law erließen ein Manifest mit ihrem Wahlprogramm, das mit ihren letzten Reden übereinstimmt. Es wird darin zu weiterer Einigung aufgefordert. Ferner sprechen Lloyd George und Bonar Law die Erwartung aus, daß der entscheidende Sieg der Alliierten es ermöglichen werde, die Rüstungen allmählich zu vermindern und Arbeitskräfte und Material für Friedensarbeiten frei zu machen. Die Koalitionsregierung wird sich ernstlich bemühen, einen Völkerbund zu schaffen, der nicht nur die Gesellschaft vor den verhängnisvollen Folgen des Militarismus schützen, sondern auch das Einvernehmen der assoziierten Völker fördern soll. Es werde nicht nötig sein, die Preise der Lebensmittel und des Rohmaterials durch neue Lasten zu erhöhen. Den Kolonien werden Vorzugszölle gewährt werden. Soweit nötig, wird die Regierung die Industrien unterstützen und sie vor unlauterem Wettbewerb durch den Verkauf ausländischer Waren unter dem Fabrikpreise schützen. Weitere Ziele der Regierung werden sein die Schaffung eines Unterhauses, das in direkter Fühlung mit dem Volke steht, die allmähliche Entwicklung einer verantwortlichen Regierung für Indien und die Lösung der irischen Frage auf der Grundlage der Selbstregierung, wobei aber von vornherein die vollständige Lostrennung Irlands von der britischen Regierung unter einem Homerulepariament ausgeschlossen sei.